

Gastbeitrag | 11.11.2016 | Lesezeit 4 Min.

Was bedeutet es für den Rest der Welt, wenn sich die USA abschotten?

Einige außenpolitische Ankündigungen, die von Donald Trump im Wahlkampf zu hören waren, erinnern Martin Uebele an den Isolationismus des frühen 20. Jahrhunderts. Heutzutage hätte solch eine Politik schwerwiegende Folgen für das Weltgefüge, befürchtet der Dozent für „Economic and Social History“ an der Universität Groningen.

Donald Trump stellt den Nato-Beistand in Frage, er will Klimaabkommen aufkündigen und Zölle erhöhen: Ein guter Teil der Wahlkampfaussagen des künftigen US-Präsidenten steht in der Tradition des Isolationismus, einer politischen Strömung, die eine weitgehende Nichteinmischung in die militärischen und politischen Angelegenheiten Europas und Asiens vorzog.

Begünstigt von der geografischen Lage Nordamerikas war sie unter anderem für die späten Eintritte der USA in die beiden Weltkriege verantwortlich. So erklärten die USA Deutschland erst nach dem überraschenden Angriff der Japaner auf die US-Pazifikflotte in Pearl Harbour den Krieg – zwei Jahre nach Hitlers Überfall auf Polen im September 1939. Noch wenige Jahre zuvor waren verschiedene Neutralitätsgesetze erlassen worden, und dem Völkerbund, der nach dem Ersten Weltkrieg gegründet worden war, traten die USA nie bei.

Donald Trumps außenpolitischer Kurs steht unter der Überschrift „Amerika zuerst“ – doch was würde solch ein Isolationismus heutzutage heißen? Die Liste der

Unterschiede zu früheren Zeiten der Abschottung ist lang:

1. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA und ihre Alliierten ein weltweites Netz von **multilateralen Organisationen** geknüpft, allen voran die Vereinten Nationen, die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds und die Weltbank. Unter der Führung der USA wurden so liberale Werte institutionell verankert. Eine isolationistische Politik würde daher sowohl multilaterale Organisationen als Instrument massiv schwächen als auch eine Abkehr von den Werten bedeuten, die diese verkörpern.
1. Die **wirtschaftliche Vernetzung** der Welt ist heute enger als je zuvor, und die USA sind der größte Nettoimporteur der Welt. Die protektionistischen Ankündigungen Trumps würden daher die Produktion und den Wohlstand vor allem in den Exportnationen - etwa Deutschland, China, Japan und Mexiko - beeinträchtigen. In den 1930er Jahren exportierten die USA noch mehr, als sie importierten. Dennoch schädeten die Zollerhöhungen des Jahres 1930 der Weltwirtschaft erheblich.

Sollte Donald Trump „Amerika zuerst“ wahr machen und das enge transatlantische Verhältnis aufkündigen, würde dies auch eine neue Phase für den europäischen Einigungsprozess bedeuten.

1. Geostrategisch streben andere Mächte nach mehr Einfluss, allen voran China, aber auch Russland. Eine wie auch immer geartete Neudefinition der USA in ihrer Rolle als **Bündnispartner**, zum Beispiel durch fehlende Unterstützung von Nato-Mitgliedern im Falle eines Angriffs von außen, würde durch die verringerte Abschreckungswirkung destabilisierend wirken.

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 war das fragile, aber kalkulierbare Kräftegleichgewicht des Kalten Kriegs in eine von den USA dominierte Welt übergegangen. Dieser würde eine multipolare Welt folgen, die wesentlich schwieriger zu durchschauen und zu kontrollieren wäre. Die heute zur Verfügung stehenden Nuklearwaffen lassen diese Konsequenz des Isolationismus noch ungleich schwerer wiegen.

Auch für Europa beginnt ein neues Kapitel

1. Die **europäische Einigung** ist ein weiteres Kapitel, das als Konsequenz des Zweiten Weltkriegs unter der Führung der USA geschrieben wurde und weiterhin stark von ihrem Einfluss abhängt – das zeigen auch die kooperativen Äußerungen europäischer Staatschefs nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Sollte Donald Trump „Amerika zuerst“ wahr machen und das enge transatlantische Verhältnis etwa durch wechselnde bilaterale Beziehungen mit Ländern rund um den Globus ersetzen, würde dies unweigerlich auch eine neue Phase für den europäischen Einigungsprozess bedeuten.

Die EU müsste in diesem Fall nach außen geschlossener auftreten und sich außerdem intern auf eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einigen. Wie weit sie aktuell davon entfernt ist, zeigten nicht zuletzt die Verhandlungen über das CETA-Handelsabkommen mit Kanada, das um ein Haar von einem belgischen Regionalparlament zu Fall gebracht worden wäre.

Historische Parallelen lassen sich übrigens auch in Bezug auf Trumps migrationspolitische Äußerungen erkennen. Gegen Ende des Ersten Weltkriegs endete die Zeit der liberalen Einwanderungspolitik in den USA und die Argumente gegen Einwanderung waren den heutigen sehr ähnlich. Damals wie heute fürchten Arbeitnehmer die Lohnkonkurrenz, während Unternehmen an qualifizierten Arbeitskräften interessiert sind. Möglicherweise ist aber heute der weltweite Kampf um die besten Köpfe für die amerikanische Wirtschaft noch entscheidender als damals, weil ein größerer Teil der Wertschöpfung in wissensintensiven Branchen erzielt wird.

Auffällig ist allerdings, dass nur Teile der Wahlversprechen von Donald Trump isolationistisch sind, während andere – wie etwa die Ausweitung des Militärbudgets – mehr Interventionen vermuten lassen. Die Suche nach verlässlichen Hinweisen in Trumps Politik auf das Bevorstehende fängt also jetzt erst an.

Der Ansprechpartner:

Martin Uebele Dozent am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Groningen, Niederlande



Kernaussagen in Kürze:

- Ein guter Teil der Wahlkampfaussagen des künftigen US-Präsidenten steht in der Tradition der politischen Strömung des Isolationismus.
- Eine isolationistische US-Politik würde multilaterale Organisationen massiv schwächen und auch eine Abkehr von den Werten bedeuten, die diese verkörpern.
- Eine Neudefinition der USA als Bündnispartner zum Beispiel in der Nato könnte destabilisierend wirken.